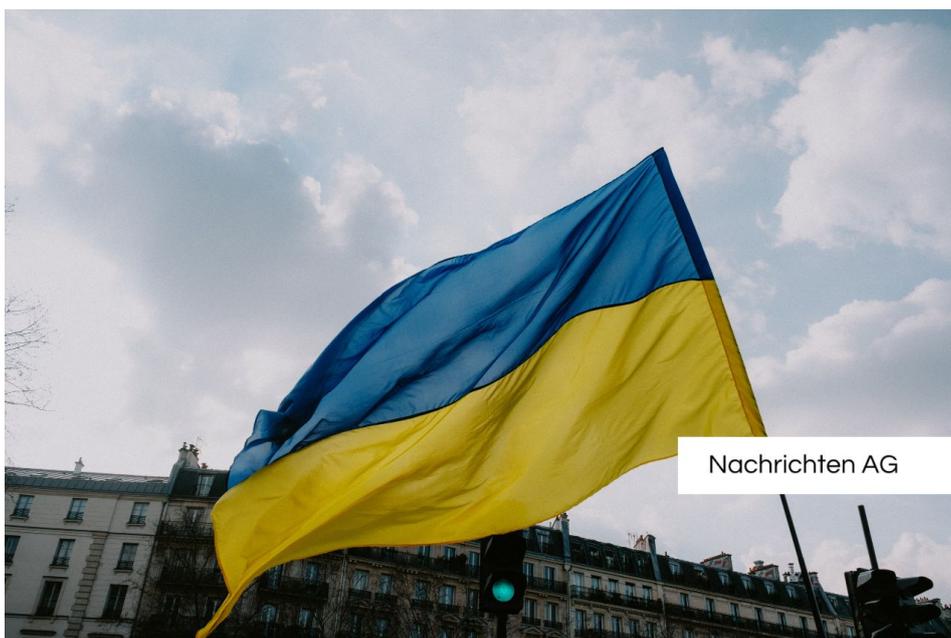


Merz gibt erste Regierungserklärung ab - Spannungen in der Koalition!

Friedrich Merz gibt am 14. Mai 2025 seine erste Regierungserklärung ab und thematisiert Koalitionskonflikte und Rentenreform.



Berlin, Deutschland - Am Mittwoch, dem 14. Mai 2025, wird Friedrich Merz seine erste Regierungserklärung als Bundeskanzler abgeben. Merz blickt auf bewegte Tage im Amt zurück, in denen bereits erste Spannungen innerhalb der schwarz-roten Koalition aufgetreten sind. Besonders auffällig war ein fehlgeschlagener erster Wahlgang sowie ein Besuch in der Ukraine, der die ersten Wochen der neuen Regierung prägte. Merz plant, zentrale Themen und Schwerpunkte seiner Regierung während dieser Erklärung darzulegen.

Ein strittiger Vorschlag zur Rentenreform von der Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) sorgt derzeit für Kontroversen. Dieser sieht vor, dass auch Beamte und

Selbständige in die Rentenkasse einzahlen sollen. Dies stößt auf Widerstand bei Unionspolitikern und erinnert an frühere Konflikte in der Ampel-Koalition. Kritische Stimmen zur schwarz-roten Koalition und Merz' Amtsbeginn sind laut, wobei auch die Grünen-Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann auf die Probleme hinweist. Repräsentanten beider Koalitionspartner versuchen, die Spannungen nach dem Rentenvorschlag zu entschärfen.

Geplante Rentenreform und Finanzierungsstrategie

Im Rahmen der Rentenreform plant die Bundesregierung ein umfassendes Rentenpaket, bei dem erstmals Milliarden für die Rente in den Aktienmarkt fließen sollen. Ziel ist es, neue Finanzierungsquellen für die gesetzliche Rentenversicherung zu schaffen. Bis Mitte der 2030er-Jahre soll ein Kapitalstock von mindestens 200 Milliarden Euro gebildet werden. Die Erträge aus diesem Kapitalstock sind dafür vorgesehen, Zuschüsse an die Rentenversicherung zu fließen, um das Rentenniveau dauerhaft abzusichern.

Das aktuelle Rentenniveau liegt bei etwa 48,2 Prozent und soll bis 2025 nicht unter 48 Prozent sinken. Laut dem Rentenversicherungsbericht könnte es jedoch bis 2037 auf 45,0 Prozent fallen, während der Beitragssatz ohne Reform auf bis zu 21,1 Prozent ansteigen könnte. Um dies zu verhindern, sollen in diesem Jahr 12 Milliarden Euro aus öffentlichen Darlehen auf dem Kapitalmarkt angelegt werden, mit dem Ziel, die Zuführungen jährlich um drei Prozent zu steigern.

Anstehende parlamentarische Debatten

Merz möchte zudem die Debatten über Waffenlieferungen aus der Öffentlichkeit heraushalten und hat geplant, die parlamentarische Sommerpause zu reduzieren. Dadurch sollen zusätzliche Plenarsitzungen und Ausschussberatungen im Juli stattfinden, um die anstehenden Herausforderungen gezielter

anzugehen. Die erste Regierungserklärung wird 45 Minuten in Anspruch nehmen, gefolgt von einer zweistündigen Debatte, die für reichlich Gesprächsstoff sorgen dürfte.

Die internationale Presse verfolgt die Entwicklungen um die schwarz-rote Koalition mit Interesse, da die politische Stabilität Deutschlands nicht nur für das Land, sondern auch für Europa von zentraler Bedeutung ist. Fachleute sind gespannt, wie die Regierung Merz auf die aktuellen Herausforderungen reagieren wird.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.merkur.de• www.spiegel.de• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de